Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 16. Februar 1887. Nr. 77.

An die

Wähler Stettins.

Der Vorstand des Wahlvereins der sogenannten deutschfreisinnigen Partei in Stettin hat durch die Post ein Flugblatt an alle Wähler Stettins gesandt, in welchem er versucht hat, den Stettiner Wählern Sand in die Augen zu streuen und die Stettiner Wähler zu täuschen.

Wir hatten aus Schonung gegen die Deutschfreisinnigen die Vorgänge in den sechziger Jahren unberührt gelassen; aber da der Vorstand dieser Partei sich auf jene Vorgänge bezieht und sie in unwahrer Weise und gegen besseres Wissen entstellt, so wollen auch wir nun einmal auf jene Vorgänge zurückkommen und die Vorgänge, wie sie wirklich gewesen sind, darstellen.

In dem Jahre 1850 befand sich die preußische Armee in einem so kläglichen Zustande, daß Preußen gänzlich außer Stande war, einen Krieg mit Oesterreich zu führen, so daß es am 29. November 1850 in der Punktation von Olmütz sich den Forderungen Rußlands und Oesterreichs gänzlich unterwerfen mußte. Jeder, der diese Zeit erlebt hat, schäumt noch jetzt vor Wuth über die Schmach Preußens, welche wir damals erleben mußten, weil das preußische Heerwesen vernachlässigt war.

Als nun König Wilhelm 1861 den Thron bestieg, war sein Erstes, ein freisinniges Ministerium zu berufen und mit diesem die Reorganisation des Heeres vorzunehmen. Allein die Fortschrittspartei versagte damals im Vereine mit den anderen freisinnigen Parteien die Mittel für die Reorganisation, und die Minister wollten sich dem fügen. Der König aber, welcher die Nothwendigkeit der Reorganisation erkannte, wenn Preußen nicht zu Grunde gehen sollte, entließ das Ministerium, berief den 23. September 1862 den Minister von Bismarck und setzte mit diesem und mit seinen Generalen die Reorganisation des Heeres gegen den Willen der Fortschrittspartei zum Segen unseres Vaterlandes durch. Die großen Siege von 1866 gegen Oesterreich und die gewaltigen Siege von 1870—1871 gegen Frankreich waren die Folgen dieser Reorganisation, durch welche Preußen von der Bevormundung Rußlands und Oesterreichs befreit, das bis dahin zersplitterte, ohnmächtige Deutschland in einen einheitlichen Bundesstaat vereint ward und zur ersten Macht Europas emporstieg.

Was wäre aus Preußen geworden, wenn unser König und sein Minister sich damals der Abstimmung der Fortschrittspartei gefügt und die Armee nicht reorganisirt hätte. Wir wären heute noch die Vasallen Rußlands und Oesterreichs, ständen unter Rußlands Knute und müßten Oesterreich Folge leisten. Die Deutschfreisinnigen haben also 1862 bis 1866 bei ihrem Widerstande gegen die Reorganisation und gegen das Haus Hohenzollern sich weder deutsch noch freisinnig, sondern politisch gänzlich unreif gezeigt. Oder nennen sie das deutsch sein, wenn sie eine Politik verfolgten, welche nothwendig zur Ohnmacht Deutschlands, zur Unterwerfung Deutschlands unter Oesterreichs slavisch-magyarische Hausmacht führen mußte? Oder nennen sie das freisinnig sein, wenn sie eine Politik verfolgten, welche Preußen nothwendig zum Knechte Rußlands machen mußte?

Die Geschichte hat ihr Urtheil über die Deutschfreisinnigen gesprochen; noch nach Jahrtausenden wird man die gänzlich unreife und undeutsche Politik dieser Partei verurtheilen und verdammen. Alle besonnenen Männer, welche noch ein Herz für ihr deutsches Vaterland haben und nicht blindlings dem Parteiinteresse der Deutschfreisinnigen huldigen, haben sich von diesen getrennt und haben die nationalen Parteien gebildet, welche die Freiheit nicht in der Knechtschaft unter Russen und Franzosen, sondern in der Kraft und Macht des deutschen Vaterlandes erstreben.

Die Deutschfreisinnigen von heute dagegen, das sind die verbitterten und in ihren Prinzipien verknöcherten Parteimänner, welche auch heute noch ihr altes Prinzip von 1862 reiten und im Bunde mit den undeutschen und kaiserfeindlichen Parteien, mit Polen, mit Französlern des Elsaß, mit Sozialdemokraten und Welfen die Mittel verweigern, welche nach dem einstimmigen Urtheile eines Bismarck, Moltke, des Generalstabes und des erlauchten Kaisers schlechthin nothwendig sind, um das Vaterland gegen die furchtbar rüstenden Feinde, gegen Franzosen und Russen vertheidigungsfähig zu erhalten. Die Deutschfreisinnigen von heute sind die Männer, welche durch ihre unreife Politik abermals Deutschland schwächen wollen und dadurch Deutschland unfehlbar zu einer Beute der Franzosen und Russen machen würden. Sie sind es, die seit 25 Jahren und durch alle Erfolge der Geschichte nichts gelernt haben und auch nichts lernen wollen. Sie sind es, welche die Freiheit zu finden glauben im Bunde mit dem Zentrum, mit Jesuiten und Jesuitenfreunden, welche, wie Jedermann weiß, die gefährlichsten Feinde jeder Geistesfreiheit, die wüthendsten Gegner deutscher Schulbildung und Wissenschaft sind.

In Stettin hat diese Partei ausgespielt. Die Stettiner haben noch wie alle Pommern ein Herz an der rechten Stelle voll Treue und Liebe zum deutschen Vaterlande; sie haben auch den Kopf und das Verständniß, daß sie sich nicht von den Deutsch-Freisinnigen Sand in die Augen streuen lassen. Alle Deutschen, alle Patrioten, alle, welche einen Sieg des deutschen Vaterlandes erhoffen, alle Liberalen, welche Geistesfreiheit erstreben, sie alle werden wie Ein Mann den verknöcherten Deutsch Freisinnigen entgegentreten und für den Kandidaten der vereinigten nationalen Parteien, für den Justizrath Leistikow stimmen.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

5. Sitzung vom 15. Februar.

Der Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min.

Am Ministertische: v. Goßler, später Fürst Bismarck, v. Puttkamer.

In den Vorstand der Kommission für die zu erwartenden kirchenpolitischen Gesetze sind Graf zur Lippe, Graf Brühl, Freiherr von Manteuffel und Graf v. Frankenberg gewählt.

Die Vorlage betr. die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Tagesordnung:

Berathung des Entwurfs betr. die Feststellung der Leistungen für Volksschulen.

Referent Graf Pfeil empfiehlt die Annahme des Entwurfs, welcher die Kompetenz der Selbstverwaltungsbehörden auch in Bezug auf die Schuldotationen erweitern solle.

Die Diskussion wird gemeinsam über die §§ 1 und 2 eröffnet.

§ 1 bezeichnet als Volksschulen im Sinne dieses Gesetzes diejenigen öffentlichen Schuleinrichtungen, welche zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht dienen.

§ 2 der Kommissionsvorlage bestimmt in Abs. 1, daß über jede von den Schulaufsichtsbehörden fortan beanspruchte Steigerung derjenigen Leistungen, die von den zur Unterhaltung der Volksschule Verpflichteten bisher aufgebracht worden, mit Ausschluß der bisher unter die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden fallenden Schulbauleistungen, in Ermangelung eines Einverständnisses der Verpflichteten für Landschulen der Kreisausschuß und für Stadtschulen der Bezirksausschuß zu entscheiden habe.

Herr v. Kleist-Retzow beantragt, den Satz „mit Ausschluß — Schulbauleistungen" zu streichen. Ueber die Lasten der Gemeinden seien auch in diesem Hause vielfach Klagen geführt worden und besonders ist geklagt worden, daß diejenigen, die die Leistungen für die Schulen zu tragen haben, nicht auch über die Verwendung der Mittel zu bestimmen haben. Hierfür solle dieser Entwurf nun Besserung schaffen, und trotzdem habe die Kommission beschlossen, es bei den Schulbauleistungen bei den bisherigen Verhältnissen zu lassen. Redner will auch die Schulbauleistungen den Selbstverwaltungsbehörden überlassen, dies fordere sein Antrag, der die Ueberbürdung der Betheiligten auch auf diesem Gebiete mildern wolle.

Minister v. Goßler: Die bisherigen Bestimmungen über die Aufbringung und Verwendung der Schullasten haben die Selbstverwaltung nur in einigen wenigen Punkten zur Entscheidung herangezogen. Es besteht eine empfindliche Lücke, und diese Lücke auszufüllen, beabsichtigt diese Vorlage. Das Schulwesen des preußischen Staates hat sich auf Grund allgemeiner Bestimmungen nur sehr langsam entwickelt, dagegen auf einzelnen Territorien sehr schnell. Anfang der siebenziger Jahren trat der Staat mit großen Mitteln in eine Ordnung des Volksschulwesens ein und führte eine generelle Erhöhung der Lehrergehälter durch. Ich habe früher schon hier ausgeführt, daß die Zahl der Schulkinder sich von Jahr zu Jahr wesentlich erhöht, daß also, wenn keine Schulvermehrungen eintreten, große Lücken sich fühlbar machen. Es wird nicht möglich und zweckdienlich sein, die Vermehrung der Schulen den außerstaatlichen Faktoren zu überlassen, die Leistungen drr Gemeinde sind erstlich bereits sehr große, zweitens ist zu hoffen, daß dem Staate doch allmälig mehr Mittel auch für Schulzwecke zufließen werden, und drittens wird auch den fortgesetzten Angriffen auf die Schulverwaltung gegenüber etwas geschehen müssen. — Der Vorredner will nun den § 47 des Gesetzes über die Schulbauleistungen dieser Vorlage gegenüber gestrichen sehen und auch die Schulbauleistungen diese Entscheidungen der Selbstverwaltung überlassen. Wir sind aber doch bisher mit dem Paragraphen sehr gut ausgekommen, es hat sich eine umfangreiche Judikatur darüber gebildet und es ist sehr bedenklich, in einer so wichtigen Frage die Entscheidung allein dem Kreisausschuß und Bezirksausschuß zu überlassen. Ich ersuche Sie daher, dem Antrage des Herrn von Kleist-Retzow nicht zuzustimmen; ich bitte Sie um Annahme der Fassung der Regierungsvorlage, doch will ich auch den Vorschlag Ihrer Kommission nicht als unannehmbar bezeichnen.

Herr Friedensburg befürwortet die Ablehnung der Anträge des Herrn v. Kleist-Retzow.

Graf Brühl erklärt sich gleichfalls gegen das Kleist-Retzow'sche Amendement.

Fürst Bismarck: Diese Vorlage ist nur ein provisorisches Gesetz bis zu der Zeit, da wir ein Schulgesetz für Preußen machen können. Dieses definitive Gesetz können wir noch nicht machen, da alle Versuche zur Verbesserung der Finanzen an dem Widerspruch des Reichstags gescheitert sind. Wir müssen also warten. Es ist dies um so trauriger, als die Uebelstände, denen diese provisorische Vorlage abhelfen soll, sehr drückend sind. Vor Allem sind jetzt die Schullasten für die einzelnen Gemeinden sehr ungleich vertheilt. Wir haben lange überlegt, wie wir hier bessern können, ohne die Entwickelung des Schulwesens zurückzubringen. Diese staatliche Entwickelung beruht jetzt auf dem Gesetze von 1852 und legt dem Kultusministerium das Recht bei, die Schullasten zu bestimmen. Nun haben wir jetzt ja einen sehr wohlwollenden Unterrichtsminister — aber officium trahit. Wenn der Kriegsminister allein die Höhe der Militärlasten zu bestimmen hätte, so würden sie wohl höher als jetzt sein, und so ginge es in allen Ministerien. Gegenwärtig liegt auf dem Kultusministerium ein Odium, weil es diese Schullasten bestimmt. Ich möchte Sie bitten, die Annahme dieses provisorischen Gesetzes nicht durch Geltendmachung allerlei Bedenken uns und dem andern Hause zu erschweren. Eine Verstümmelung des Geltungsbereichs dieses Gesetzes mit Rücksicht auf die konfessionellen Verhältnisse würde dieses Gesetz für uns unannehmbar machen. Es wird sich empfehlen, wenn Sie mit Rücksicht auf das Provisorium nicht zu hohe Ansprüche an das Gesetz stellen, je weniger Einspruch Sie erheben, desto leichter und schneller ist die Annahme auch im anderen Hause. Ich bitte Sie daher um möglichst unveränderte Annahme der Regierungs-Vorlage.

Herr v. Kleist-Retzow: Nachdem der Herr Reichskanzler dieses Gesetz als ein bloßes Provisorium bezeichnet hat, dessen Annahme meine Anträge gefährden könnten, ziehe ich dieselben zurück.

Die §§ 1 und 2 werden hierauf nach dem Antrage der Kommission angenommen.

§ 3 der Kommissions-Vorlage bestimmt, daß dieses Gesetz in Posen, Schleswig-Holstein, Westfalen und in der Rheinprovinz erst mit dem im § 155 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung bezeichneten Zeitpunkte in Kraft treten soll, während die Regierungs-Vorlage dies nur für die Provinzen Schleswig-Holstein, Westfalen und Rheinprovinz, nicht aber für die Provinz Posen bestimmt.

Minister v. Goßler bittet um Annahme der Regierungs-Vorlage.

Fürst Bismarck: Wenn gegen die Fassung der Regierungs-Vorlage nur die in der Kommission geäußerten theoretischen Bedenken geltend gewesen sind, so möchte ich doch bitten, es bei der Fassung der Regierung zu lassen.

Referent Graf zu Pfeil bezeichnet die Fassung der Regierungsvorlage als unzureichend.

Fürst Bismarck: Ich will darauf nur bemerken, daß uns kein Paragraph soviel Schwierigkeit gemacht hat, als dieser. Daß die Fassung mangelhaft ist, wissen wir sehr wohl, aber es war keine bessere zu finden.

Hierauf wird die Fassung der Kommission einstimmig abgelehnt und § 3, sowie die folgenden unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen.

Der Entwurf betr. die Aufhebung des § 5 des hannoverschen Gesetzes über die Ablösbarkeit des Lehnverbandes und die Vorlage betr. die Aufhebung des Amtsgerichts in Buckau werden debattelos erledigt.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Schluß $2\frac{1}{4}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 15. Februar. Unter dem Titel „der nächste Krieg in Zahlen" hat der ehemalige österreichische Minister Schäffle eine militär- und finanzwissenschaftliche Studie über die Erhöhung der deutschen Friedenspräsenz erscheinen lassen. (Tübingen, H. Laupp.) Herr Schäffle berechnet die Mehrbelastung, welche uns ein unglücklicher Krieg hinterlassen müßte, auf etwa 640 Millionen jährlich. Wer also einen unglücklichen Krieg herbeiführe oder einen solchen durch Unterlassung sieghafter Kriegsbereitschaft gut- oder schlechtgläubig verschulde, der würde beispielsweise für Deutschland den Bedarf der öffentlichen Schuld um einen Betrag steigern, zu welchem selbst Branntweinmonopol und Tabakmonopol und hohe Erbschaftssteuern auch nicht entfernt ausreichen würden. Vor Allem interessant ist die Kritik der österreichischen Orientpolitik. Schäffle geht als Realpolitiker vor, der den Bulgaren, die mit dem Weltfrieden spielten, sehr kühl gegenübertritt und die greifbaren Interessen in den Vordergrund stellt. In dem Abschnitt der Orientfrieden heißt es:

„Die englische Politik wünscht, daß andere den „letzten Mann und den letzten Groschen" aufwenden, um Rußland zu bekämpfen, ohne daß England „irgend" einen Mann oder „irgend" einen Groschen aufwendet.

Oder wäre es wirklich ein eigenes Interesse auch nur Oesterreich-Ungarns, die ungeheuren Opfer eines Krieges zu bringen, um Rußland von Bulgarien fernzuhalten oder selbst, um es für alle Zeit am freien Auslaufen ins mittelländische Meer zu hemmen? Das ziehe ich auf das bestimmteste in Abrede — unbeschadet der hohen Achtung, die ich der ritterlichen und politisch hochbegabten Nation der Magyaren zolle, welche Vilagos — die Niederwerfung durch Paskiewitsch — nicht verwinden kann.

Oesterreich-Ungarn hat mit allen übrigen Mächten — Rußland nicht ausgenommen — das Interesse gemein, daß im heutigen Gebiete der Türkei alle zivilisirten Nationen gleichberechtigt Verkehr treiben können, daß der Weg nach Indien, Ostasien und Ostafrika allen Nationen zu gleichen Bedingungen nutzbar sei. Besonderer politischer Einfluß Rußlands in Bulgarien, welches durch russische Opfer befreit ist, bedroht kein Interesse so bedeutender Art, daß es für Oesterreich-Ungarn auch nur entfernt 600 oder 300 Millionen Mark neuer Steuern oder einen entsprechenden kolossalen Staats-Bankerott werth wäre.

Es giebt nach dem eben Gesagten allerdings zwei ganz bestimmte Punkte, von wo an die Orientfrage sich kriegerisch zuspitzen müßte. Der eine Punkt wäre gegeben, sobald irgend eine

Macht — England oder Frankreich ebenso gut wie Rußland — entweder das Mittelmeer wie einen Nationalsee beherrschen, d. h. das heutige Ostmittelmeergebiet für sich allein kolonisiren wollte. Der andere wäre gegeben, wenn entweder und namentlich der Suezkanal oder die Dardanellen militärisch von einer Macht mit Ausschluß der Kriegs- und Handelspassage der übrigen für sich besetzt werden würden. Das ganz ungehinderte Durchpassiren der Kriegsschiffe aller Nationen, auch Rußlands, durch die Dardanellen bedingt jedoch so wenig einen Kriegsfall, als die ganz allgemeine und unbeanstandete Passage aller Flaggen durch den Suezkanal. Dasselbe läge sogar im Interesse Deutschlands und Oesterreichs gegenüber englischer Seeübermacht am Suezkanal, welchen gerade England militärisch beherrscht und ohne Krieg vielleicht so lange weiter beherrschen wird, als es die Kriegs- und Handelspassage der übrigen Nationen nicht bedroht.

Warum also einen neuen Orientkrieg? Weder der eine noch der andere Kriegsfall steht auch nur entfernt in Frage, und welche Macht immer eine der zwei Fragen stellen wird, so werden gegen sie — heiße sie England oder Rußland oder Frankreich — die übrigen sicher zusammenstehen und von ihr den Frieden erzwingen.

Das ist gerade das Tröstliche, daß alle Nationen dasselbe Interesse haben, die zwei Brennpunkte der orientalischen Frage und das ganze Ostmittelmeergebiet für den freien Verkehr zu neutralisiren.

Der politische Einfluß Rußlands in Bulgarien, selbst in Konstantinopel, bildet hiernach für Oesterreich und für Ungarn nicht entfernt einen hinreichenden Grund für einen so fürchterlichen Krieg, wie wir ihn beziffern mußten. Die Revanche der Magyaren gegen Rußland oder eigentlich gegen den eigenen Kaiser und König ist vollends keinen Krieg werth.

Die blutige Bekämpfung Rußlands in Rumelien durch Oesterreich auf Tod und Leben wäre geradezu Aberwitz, so lange die Donau und der Weg nach Saloniki frei sind. Ein Krieg Oesterreichs für England wäre noch unbegreiflicher, als es die bewaffnete Neutralität von 1854 gewesen ist, von welcher Oesterreichs Isolirung 1859 und 1866 datirt hat. Außer England kann nur Frankreich — behufs leichterer Revanche an Deutschland — solchen Krieg entzünden wollen. Oesterreich und Rußland selbst würden aber das Verbrechen der nutzlosesten Menschen- und Milliardenvergeudung an ihren Völkern begehen.

Bei klarem Verstand muß also im Orient vielmehr Frieden bleiben, und die gemeinsamen Interessen, welche dort allen europäischen Nationen den Frieden diktiren, werden mehr als alle Friedensliguen auch sonst die nationalen Gehässigkeiten und Ueberhebungen allmälig besiegen."

— Die Krisis im ungarischen Kabinet hat sich vollzogen. Das amtliche Blatt Ungarns von heute früh veröffentlicht die Enthebung des Finanzministers Szapary von seinem Posten und die Betrauung des Ministerpräsidenten Tisza mit der Leitung des Finanzministeriums und des Ministers Orczy mit der Leitung des Ministeriums des Innern, ingleichen die Ernennung des Direktions-Präsidenten Lukacs zum Staatssekretär im Ministerium für öffentliche Arbeiten und Kommunikationen.

— Ueber die Differenzen des Sultans von Sansibar mit dem Gouverneur von Mozambique verlautet laut telegraphischer Mittheilung in Lissabon, der Sultan habe sich geweigert, mit dem Gouverneur über den Besitz der Tungi-Bai und die Grenze am Kap Delgado in Gemäßheit seines im vorigen Jahre an den König von Portugal gerichteten Schreibens und seiner Depesche vom 18. Januar d. J. in Verhandlung zu treten, der Gouverneur habe deshalb geglaubt, eine letzte Frist stellen zu sollen, welche jetzt zu Ende gegangen sei. Der Gouverneur habe sich daher nach Tungi begeben und die Portugiesen in Sansibar dem Schutze des deutschen Konsuls unterstellt.

— Von den in Magdeburg verhafteten 32 Sozialdemokraten sind 8, darunter der bisherige Abgeordneten Hutmachermeister Heine von Halberstadt, wieder entlassen worden, da nichts Belastendes vorlag.

— Nach den „Hamb. Nachr." erzählt man sich in Wien, Benderew und Grujew, welche in einer rumänischen Karpathenfestung internirt waren, sollen nach Ungarn entflohen sein.

— Der „Hamb. Korr." enthält folgende Meldung aus Brüssel:

Frankreich kauft massenhaft Pferde in Belgien, welche Spezialzüge und die gewöhnlichen Züge vom Brüsseler Südbahnhofe befördern.

Ausland.

Rom, 15. Februar. Die Zeitungen bestätigen heute die Meldung, daß Depretis mit der Bildung eines neuen Kabinets betraut worden, und daß derselbe diesen Auftrag im Einvernehmen mit Robilant erfüllen werde. „Popolo Romano" hofft, Robilant werde dem lebhaften Drängen seiner Freunde und der öffentlichen Meinung nachgeben und im Amte bleiben. Die „Opinione" sagt, Depretis werde der Erste sein, der das Beispiel der Selbstverleugnung gebe, indem er nöthigenfalls auf das Portefeuille des Innern verzichten und nur das Präsidium im neuen Kabinet behalten werde. Der „Italie" zufolge werden Depretis, Robilant und Magliani die Stützen des neuen Kabinets sein. Wie „Tribune" erfährt, soll das Kriegsportefeuille dem General Cialdini oder dem General Bertole-Viale anvertraut werden.

Kardinal Cattani, Erzbischof von Ravenna, ist gestorben.

Paris, 12. Februar. Wenn die Nachrichten, die aus Korsika kommen, nicht nach südländischer Art sehr übertrieben sind, so bereitet sich dort ein kleiner Aufstand vor. Der Rechtsanwalt Leandri, ehemaliger Herausgeber eines bonapartistischen Blattes, hat die Fahne des Aufruhrs entfaltet und ist angeblich mit vierhundert Anhängern „in den Busch gezogen", was in Korsika die höfliche Umschreibung für „das Räuberhandwerk ergreifen" ist. Ehe er diesen Schritt that, erließ er, wie es sich für einen Mann von Bildung und Gesittung schickt, eine Kriegserklärung in aller Form gegen die französische Obrigkeit. Das wunderliche Schriftstück wurde in Bastia an allen Straßenecken angeschlagen und seine Hauptstellen lauten: „Die Stunde der männlichen Entschließungen hat geschlagen. . . Man hat uns feierlich versprochen, die Gerechtigkeit in unser unglückliches Land zurückzubringen. Die Regierung der Republik hat alle ihre Versprechen gebrochen. Der Stimmzettel ist in unseren Händen nicht mehr die gesetzliche Waffe des Bürgers. Wozu stimmen, da unser Wille doch gebrochen, jede unserer Wahlen vernichtet wird, da die Gerichte und Behörden den Betrügern und Fälschern Straflosigkeit zusichern. Frankreich verläßt uns. Rechnen wir nur noch auf uns, um Korsika von seinen Bedrückern zu befreien. Zu den Waffen! Für jeden, der in seiner Brust ein Mannes- und Korsen-Herz schlagen fühlt, wird der Aufstand zur heiligsten Pflicht. . . . Freie Korsen, unabhängige Korsen! stolze Bergbewohner, zu den Waffen! Drauf auf die Bedrücker! Krieg den Tyrannen!" Leandri beklagt sich darüber, daß er keine Gerechtigkeit erlangen könne. Der gambettistische Senator für Korsika, Hr. Casabianca, soll nach seiner Behauptung auf der Insel eine Art Schreckensherrschaft ausüben. Fünf seiner nächsten Anverwandten sind Richter beim Unter- und Obergericht von Ajaccio und Bastia; andere Mitglieder seiner Familie und Schützlinge nehmen die höheren Verwaltungsstellen ein, kurz er regiert und spricht Recht, und seinem Willen ist die Insel unterthan. Für Zeitungsartikel, in denen Leandri mit korsischer Heftigkeit diese Verhältnisse aufdeckt, wurde er zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt und zwar von einem Gerichtshof, dessen Mitglieder in ihrer Mehrheit zu den Verwandten des Senators Casabianca gehören. Diese Verurtheilung, die ihn eine schwere Ungerechtigkeit dünkt, ist die unmittelbare Veranlassung seines tollen Unternehmens gewesen. Es wird natürlich den französischen Behörden nicht schwer werden, Leandri's Bande zu Paaren zu treiben, aber der Zwischenfall zeigt wieder einmal, wie faul die Verhältnisse auf Korsika sind. Die Pariser Regierung liebt es nicht, sich mit dieser Insel zu beschäftigen. Sie hält ihre Hand dem Wespenneste möglichst fern und überläßt es den Eingeborenen, mit einander fertig zu werden. Unter dem Kaiserreich war es eine bonapartistische Sippe, welcher auf Korsika freie Hand gelassen wurde und die alle freisinnigen Elemente verfolgte und unterdrückte. Seit 1878 etwa ist eine gambettistische Sippe zur Herrschaft gelangt und sie wirthschaftet nun ebenso satrapisch oder paschamäßig wie vor ihr die andere. Wenn die Gegner der herrschenden Parteien sich in Paris beklagen, so zucken die Minister die Achsel und geben ihnen den Rath, sich mit ihren Landsleuten gütlich auseinanderzusetzen, ein Rath, dessen spöttischen Beigeschmack die Abgefertigten sehr wohl fühlen. Die Zustände auf Korsika, wo unter Anderem strafgerichtliche Urtheile gegen Eingeborene kaum je vollstreckt werden können, weil die Verurtheilten „in den Busch" gehen, sind keine Ehre für die französische Verwaltungskunst, die sich anderwärts so glänzend bewährt hat.

London, 15. Februar. Unterhaus. Bei der fortgesetzten Berathung der Adresse an die Königin wurde ein von Eßlemont eingebrachtes Amendement betreffend die Pachtverträge der Landpächter in Schottland nach fünfstündiger Debatte mit 198 gegen 96 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde von Campbell ein Amendement betreffend die Errichtung lokaler Körperschaften zur Behandlung lokaler Angelegenheiten in Schottland und anderen Theilen Großbritanniens eingebracht, nach längerer Berathung aber, bei welcher sich der Sekretär für Schottland, Balfour, gegen dasselbe aussprach, wieder zurückgezogen. Die Adreßdebatte wurde sodann abermals vertagt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. Februar. Der kleine Belagerungszustand für Stettin und Umgegend ist auf ein Jahr festgesetzt und erstreckt sich auf die Städte Stettin, Grabow a. O. und Alt-Damm und auf die Amtsbezirke Bredow, Warsow, Scheune und Finkenwalde.

— Dem Oberst-Lieutenant Leo, Kommandeur des 2. pommerschen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 17, ist das Kommandeurkreuz zweiter Klasse des großherzoglich badischen Ordens vom Zähringer Löwen verliehen.

— Bezüglich der schon längst in Aussicht genommenen Revision einiger Theile unserer neueren Justizgesetzgebung scheint nun doch an maßgebender Stelle ein bestimmter Entschluß gefaßt worden zu sein. Wie die „B. B.-Z." vernimmt, wird es sich bei den anzubahnenden Reformen zunächst um die Konkursordnung handeln, und sind zu diesem Behufe die Oberlandes-Gerichte zur Einreichung von Gutachten über dieses Thema an den Justiz-Minister aufgefordert worden.

— In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts kamen zwei Meineidsanklagen zur Verhandlung. Die erste war gegen die unverehelichte Anna Reetz aus Kammin gerichtet, dieselbe war am 26. Juni v. J. vor dem hiesigen Schwurgericht in einer Anklage wegen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge als Zeugin vernommen worden und hatte damals ganz andere Aussagen gemacht, als in der Voruntersuchung. Sie erregte sofort solchen Verdacht, daß ihre Aussage protokollirt wurde und von ihr unterschrieben werden mußte, es folgte auch demnächst die Erhebung der Anklage wegen Meineides. Bei ihrer gestrigen Vernehmung machte die bereits 21 Jahre alte Angeklagte den Eindruck einer geistig nur mangelhaft veranlagten Person, sie wurde durch das Verdikt der Geschworenen auch nicht des wissentlichen, sondern nur des fahrlässigen Meineides für schuldig befunden und erkannte der Gerichtshof demgemäß auf 6 Monate Gefängniß. — Demnächst betrat der Eigenthümer Joh. Klamp aus Hammer die Anklagebank. Am 9. Juli war derselbe wegen einer wider seinen Knecht Mühlenbeck gerichteten Anklage wegen Körperverletzung vor dem Amtsgericht zu Stepenitz als Zeuge vernommen worden und hatte bekundet, daß er nicht gesehen habe, daß sich M. einer Mißhandlung schuldig gemacht habe, während sich später herausstellte, daß Klamp sogar seinen Knecht zu der Mißhandlung aufgeredet hatte. Klamp wurde in Haft genommen und hatte sich gestern wegen Meineides zu verantworten, doch wurde er nur auf Grund des § 157 d. St.-G.-B. angeklagt, weil die Angabe der Wahrheit gegen ihn selbst eine Verfolgung wegen eines Vergehens nach sich ziehen konnte. Die Geschworenen gaben jedoch ihr Verdikt auf Nichtschuldig ab und erfolgte Freisprechung.

Eingesandt.

Vor mir liegt ein von dem „Vorstande des Wahlvereins der deutschfreisinnigen Partei in Stettin" versandtes Wahl-Flugblatt. Gleich mir wird vielen Lesern der krasse Gegensatz zwischen der Erklärung im Eingange und der im Schlußpassus aufgefallen sein. Zuerst heißt es: „ist es gelungen, den Reichstagskandidaten zu finden, der die Wundergabe besitzen soll, Liberale und Konservative, Freihändler und Schutzzöllner, Zünftler und Anhänger der Gewerbefreiheit mit gleichem Erfolge zu vertreten." Am Schlusse dagegen steht: „Ihr werdet unserm Brömel, dessen liberale Grundsätze Euch nicht erst durch Konservative, dessen freihändlerisches Wirken nicht erst durch allbekannte Schutzzöllner beglaubigt zu werden braucht u. s. w. die verdiente Genugthuung zu Theil werden lassen." Dieser letzte Satz soll doch klarer Weise eine Ironie auf Herrn Leistikow sein. Würde der erste Satz etwas bündiger ausgedrückt, so soll er bedeuten, Herr Leistikow ist ein Chamäleon, das seine politische Farbe beliebig wechselt, während im letzten seine liberalen und freihändlerischen Grundsätze doch offenbar zugegeben werden.

Es ist dies also eine Verdächtigung wider besseres Wissen. Es sollen die Wähler gruselig gemacht werden, um vielleicht noch ein paar Wähler mehr auf den Leim zu führen. Ob mit Erfolg, ich glaube kaum.

Wie liegt denn die Sache? Der nationalliberale Aufruf, der doch nur mit Zustimmung des Herrn Leistikow erlassen sein kann, konstatirt ausdrücklich seine freihändlerischen und liberalen Grundsätze. Der Aufruf der Konservativen und Handwerker besagt aber klar und deutlich, Leistikow ist zwar nicht von unserer Farbe, weil er aber für das Septennat stimmt, was für jetzt für uns den Entscheidungspunkt bildet, so sehen wir von allen anderen politischen Meinungs-Verschiedenheiten ab und wählen Leistikow.

Das hat Jeder gelesen und Jeder, der unbefangen zu denken im Stande ist, wird daraus den logischen Schluß ziehen, daß Herr Leistikow für Liberale, Freihändler und Anhänger der Gewerbefreiheit, nicht aber für Konservative, Schutzzöllner und Zünftler, oder gar, wie der famose Aufruf der deutschfreisinnigen Partei behauptet, für diese beiden — gerade entgegengesetzten — Anschauungen eintritt.

Die Manipulationen des Vorstandes der deutschfreisinnigen Partei haben also nur den Zweck — und der Zweck heiligt die Mittel, nicht wahr? — den Wählern Sand in die Augen zu streuen, wogegen wohl Viele mit mir energisch protestiren werden.

E. A.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Erstes Gastspiel der königl. preuß. Hofschauspielerin Frl. Johanna Schwartz vom Schauspielhause zu Berlin. „Die Jungfrau von Orleans." Tragödie in 6 Akten.

Donnerstag. Stadttheater: Zweites Gastspiel des Frl. Johanna Schwartz. „Egmont."

(Dutzendbillets haben während dieser Gastspiele mit 50 Pf. Aufzahlung Gültigkeit.)

Vermischte Nachrichten.

— (Eine Bauern-Revolte en gros.) Das Dorf Gordona (bei Chiavenna, Lombardei) war absolut nicht im Stande, seine Steuern aufzubringen; am 27. Januar sollte deshalb das gesammte Dorf gepfändet werden, zu welchem Zweck der Steuerpächter in Begleitung von zwanzig Karabinieri und Steuerwächtern im Dorf erschien. Kaum hatten die Beamten das erste Haus in Angriff genommen, so erfolgte von allen Seiten ein solcher Steinhagel auf sie, daß der Steuerpächter ausriß, die bewaffnete Macht aber gleichfalls gezwungen war, unter lebhaftem Feuer vor der Uebermacht der Bauern zurückzuweichen. Sie zog sich langsam nach der Stadt Chiavenna zurück, immer verfolgt von der stetig anwachsenden Menge der Rebellen. Die Bevölkerung von Chiavenna machte mit der von Gordona jetzt gemeinsame Sache und im Nu war das Steueramt erstürmt, geplündert und das ganze Archiv an Dokumenten, Registern rc. zerrissen und verbrannt. Dann kehrten die Gordonesen ruhig nach Hause zurück und machten sich sämmtlich — auf die Berge davon. Als Tags darauf das Militär in Gordona einrückte, fand man nur Frauen, Kinder und — den schwer erkrankt im Bett liegenden Bürgermeister Agostini vor. Der Letztere wurde, als einziges Beutestück, auf eine Bahre geladen und nach dem Gefängniß von Chiavenna gebracht.

— (Sterblichkeit der Kinder nach der Ernährungsweise.) Das statistische Amt der Stadt Berlin hat eine dankenswerthe Untersuchung über die Sterblichkeit der Kinder in den ersten elf Monaten des Jahres 1885 angestellt. Daraus geht hervor, daß von 1000 Kindern überhaupt 31,2 gestorben sind. Von 1000 mit Muttermilch genährten, welche mehr als die Hälfte sämmtlicher Geborenen ausmachen, sind 8,8, von 1000 Ammenkindern nur 5,7 gestorben, während bei den anderen Ernährungsweisen eine enorme Steigerung der Sterblichkeit stattfand, bei mit Thiermilch ernährten auf 45,6, mit Milchsurrogaten auf 76,5 und mit verschiedener gemischter Nahrung auf 110,2 von 1000. Der Vorzug der Ammenkinder von der an der Mutterbrust genährten, welch letztere sonst im allgemeinen den günstigsten Stand aufweisen, kommt daher, daß die von der Mutter genährten Kinder aus den ärmsten Klassen der Stadt stammen, während die Ammenkinder aus den reichsten. Die geringe Differenz der beiden Zahlen beweist caeteris paribus den Vortheil der Muttermilch.

— Ueber die Küche der Königin Viktoria theilt ein englisches Blatt interessante Einzelheiten mit. Die Oberleitung der Küche ist einem Intendanten übertragen, der außer Wohnung und Kost einen Gehalt von 17,000 Franks jährlich bezieht. Er hat vier Adjunkten für die Rechnungslegung, Ueberwachung der Maaße und Gewichte und für die Verhandlungen mit den Lieferanten. Der Intendant hat übrigens noch zwei Diener zu seiner Verfügung. Der Küchenchef genießt dieselben Vorzüge wie der Intendant und hat vier Adjunkten mit 8000 Franks Gehalt, welche noch vier Untergehülfen mit 5000 Franks jährlich aufnehmen dürfen. Außerdem sind speziell für die Küche der Königin zugewiesen: zwei Diener, zwei Küchenjungen, zwei Spezialköche für die Braten, vier Diener und zwei Dienerinnen für das Waschen der Geschirre, ein Aufseher über die Provisionen, zwei Spezialisten für Hülsenfrüchte und zwei Arbeiter für die Dampfmaschine. Der Zuckerbäckerdienst besteht aus zwei Zuckerbäckern (mit 7500 Franks Gehalt), vier Zuckerbäckergehülfen, einem Pastetenbäcker mit fünf Gehülfen, einem Laufburschen und drei Spezialistinnen für Kaffee und Chokolade. Der Gentleman, welcher den Wein und das Bier zu besorgen hat, bezieht jährlich 12,500 Franks. Es folgen noch drei Tafeldecker und ein Gehülfe. Das Silbergeschirr wird auf mehr als 75 Millionen Francs geschätzt.

— Eiserne Ofenröhren und eiserne Schornsteine sollen nach den „Ind.-Bl." am sichersten durch Ueberstreichen mit Kalkmilch vor dem Rosten geschützt werden können. Lackanstriche sind von sehr zweifelhaftem Werth, da der Lack durch die fortwährenden Temperaturschwankungen sehr bald Risse bekommt, durch welche das Rosten eingeleitet wird. Mit Kalkmilch bestrichene Röhren sollen sich dagegen sehr gut halten, auch unter den ungünstigsten Bedingungen.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 15. Februar. Der Rhein ist eisfrei; die Schifffahrt ist daher wieder eröffnet worden.

Wien, 15. Februar. Die amtliche „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Ernennung des vormaligen Handelsministers, Geheimraths Baron Pino, zum Landespräsidenten der Bukowina.

Wien, 15. Februar. Abgeordnetenhaus. Die Regierung legte ein Gesetz vor, betreffend die Ermächtigung zur Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für die Landwehr und den Landsturm der im Reichsrathe vertretenen Länder im Betrage von 12 Millionen.

Pest, 15. Februar. Abgeordnetenhaus. Der Honvedminister unterbreitete die Kreditvorlage von 7,460,000 fl. für die Beschaffung von Reservekriegsvorräthen für die Honvedarmee und für die Ausrüstung des ersten Aufgebotes des Landsturmes. Die Vorlage wurde dem Wehrausschusse und dem Finanzausschusse überwiesen. Die Vertreter aller Parteien haben sich in der gestrigen Konferenz dahin geeinigt, die Vorlage ohne Debatte anzunehmen.

Rom, 15. Februar. Der Senat hat die Budgetsdebatte beendet.

Madrid, 15. Februar. Die Kammer hat mit 175 gegen 70 Stimmen das Gesetz betreffend die Verpachtung der Tabak-Regie angenommen.